Samtgemeinde Am Dobrock

Cadenberge, 07. Juni 2012

Niederschrift

über die Bürgermeisterrunde

am Mittwoch, 06. Juni 2012, 17.00 Uhr,

im Sitzungszimmer, Rathaus Cadenberge

Anwesend sind:

Bürgermeister Karl-Heinz Linck, Belum

Bürgermeister Manfred Schmitz, Bülkau

Bürgermeister Walter Peterson, Geversdorf

Bürgermeister Georg Martens, Neuhaus (Oste)

Bürgermeister Detlef Horeis, Oberndorf

Stellv. Bürgermeister Stephan Reyelt, Wingst

Samtgemeindebürgermeisterin Bettina Gallinat (zugleich Gemeindedirektorin der Gemeinde Cadenberge)

Fachbereichsleiterin Gülbahar Alakus (Fachbereich Bauen, zugleich allgemeine Verwaltungsvertreterin für den Flecken Neuhaus (Oste)

Fachbereichsleiter Peter Uhl (Fachbereich Bürgerdienste, zugleich allgemeiner Verwaltungsvertreter für die Gemeinde Geversdorf)

Fachbereichsleiter Holger von der Lieth (Fachbereich Zentrale Dienste, zugleich allgemeiner Verwaltungsvertreter für die Gemeinde Bülkau)

Allgemeiner Verwaltungsvertreter Eitel Bergmann (Gemeinde Belum), zugleich als Protokollführer

Allgemeine Verwaltungsvertreterin Carmen Postel (Gemeinde Oberndorf)

Allgemeiner Verwaltungsvertreter Jörg Jungclaus (Gemeinde Wingst)

Entschuldigt fehlt Bürgermeister Wolfgang Heß.

Weiter anwesend sind Herr Oberregierungsrat Friedhelm Ottens vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Herr Peter Itjen von der Kommunalaufsicht des Landkreises Cuxhaven, Frau Sabine van Gemmeren als Gruppensprecherin der Gruppe Bündnis90/Die Grünen/Freie Wähler und Samtgemeinderatsherr Michael Merz für die CDU-Fraktion.

Samtgemeindebürgermeisterin Bettina Gallinat eröffnet die Bürgermeisterrunde um 17.00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Fachbereichsleiter Holger von der Lieth erläutert anhand der Tischvorlage die neu errechneten Planzahlen der Entwicklung der Finanz- und Eckdaten ab 2011. Die Finanzplanung berücksichtigt Haushaltssicherungsmaßnahmen in Höhe von 1.082.500 Euro über einen Zeitraum der Jahre 2012 bis 2018. Für die Haushaltsjahr 2012 bis 2014 sind jeweils 500.000 Euro als Bedarfszuweisungen eingerechnet. Im Haushaltsjahr 2014 ist eine Entschuldungshilfe in Höhe von 8.225.000 Euro im Rahmen des Zukunftsvertrages vom Land eingerechnet. Im Ergebnis stellt er fest, dass mit den Haushaltssicherungsmaßnahmen und auch nach Bildung einer Einheitsgemeinde und Inanspruchnahme der Leistungen aus dem Zukunftsvertrag ab dem Planjahr 2016 weiterhin regelmäßig ein jährlicher Fehlbetrag in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro ausgewiesen wird.

Eine Aufstellung der freiwilligen Leistungen der Samtgemeinde mit den Mitgliedsgemeinden weist für das Haushaltsjahr 2011 eine Summe von 1.333.684,77 Euro aus. Die Summe entspricht einer Quote von 7,66 % zu den Aufwendungen der Ergebnisrechnung 2011. Im Anschluss geht er auf die Verbesserung der Quote auf 6,25 % der freiwilligen Leistungen durch mögliche Einsparungen ein.

Samtgemeindebürgermeisterin Bettina Gallinat erläutert, dass nach den derzeitigen Gesprächen vom Land gefordert wird, dass ab 2016 ein kumuliertes Defizit von nicht mehr als 1 Million Euro auszuweisen sei. Ebenso stellt sie fest, dass das Land generell eine Quote der freiwilligen Leistungen in Richtung 3 % fordert. Zudem besteht eine Forderung des Landes zur Veräußerung von Liegenschaftsvermögen. Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Liegenschaften wird angekündigt, gegebenenfalls mit der Folge der Veräußerungen der Liegenschaft.

Herr Ottens nimmt Stellung, dass nach den vorgestellten Planzahlen kein Entschuldungsvertrag abgeschlossen werden kann. Die Finanzkommission in Hannover wird nach den vorliegenden Vorschlägen keinem Entschuldungsvertrag zustimmen. Dem Defizit ab 2016 in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro und die Quote der freiwilligen Leistungen mit über 6,25 % sind weiter zu senken. Den Ausführungen von Samtgemeindebürgermeisterin Bettina Gallinat in Bezug auf Überprüfung des Liegenschaftsvermögens schließt er sich an.

Insbesondere die Mitgliedsgemeinden sind neben der Bildung einer Einheitsgemeinde und einer Realsteuererhöhung zum 01.01.2013 zu weiteren Haushaltssicherungsmaßnahmen aufgefordert.

Zur Veranstaltung am 04. Juni 2012 im MarC 5 erklärt Herr Ottens, dass die örtliche Politik ein deutliches Signal für die Bürger hätte setzen müssen.

Soweit sich in der Samtgemeinde Am Dobrock die Strukturen und das Haushaltsverhalten nicht ändern werden, sind strengere Maßstäbe bei den Genehmigungen der Haushalte, auch bei den Mitgliedsgemeinden, von der Kommunalaufsicht angekündigt. Gleichzeitig wird das Scheitern des Zukunftsvertrages negative Auswirkungen bei der Gewährung von Bedarfszuweisungen haben.

Herr Ottens weist ausdrücklich darauf hin, dass das jetzt in Gang gesetzte Verfahren aus seiner Sicht nur dann weiter geführt werden kann und sollte, wenn alle Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Am Dobrock kurzfristig einen einheitlichen Beschluss zur Umstrukturierung in eine Einheitsgemeinde vorlegen.

Herr Peter Itjen führt aus, dass die bisherigen Haushaltssicherungskonzepte weiterzuführen sind. Inhaltlich wird bislang der gesetzlichen Form nicht genüge getan. Jede Aufgabe und neue Investitionen haben künftig die die Erforderlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu belegen. Eine umfangreichere Prüfung der Haushalte wird zu längeren Genehmigungsverfahren führen. Die Mitgliedsgemeinden müssen sich darauf einstellen, dass zukünftig Kredite und Haushaltsgenehmigungen versagt werden. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass damit zu rechnen ist, dass die Mitgliedsgemeinden und die Samtgemeinde Am Dobrock eine sehr schlechte Zukunftsaussicht haben, wenn nicht der Zukunftsvertrag abgeschlossen wird. Die Vorgaben würden bei Abschluss eines Zukunftsvertrages und entsprechender Umstrukturierung in eine Einheitsgemeinde wesentlich geringer ausfallen.

Zur Weiterführung der Verhandlungen für den Zukunftsvertrag sind die Mitgliedsgemeinden aufgefordert, bis Mitte Juli 2012 einen einheitlichen Beschluss zur Bildung der Einheitsgemeinde dem Land Niedersachsen vorzulegen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Ottens, dass die Mitgliedsgemeinden in den Zukunftsvertrag eine Forderung dahingehend aufnehmen können, dass die in eine Einheitsgemeinde umgewandelte Samtgemeinde Am Dobrock zukünftig auch im Rahmen von Gebietsreformen nicht wieder in eine Samtgemeinde zurück geändert werden kann. Die Forderung soll deshalb aufgenommen werden, da ansonsten bei einem Wechsel von einer Einheitsgemeinde in eine Samtgemeinde jegliche Unterstruktur der Einheitsgemeinde verloren gehen würde.

Auch eine Forderung für zukünftige Fusion nur mit der Samtgemeinde Land Hadeln ist möglich.

Herr Ottens erklärt, dass er zu den Rahmenbedingungen der mindestens erforderlichen Sparmaßnahmen im Rahmen des Zukunftsvertrages keine detaillierten Auskünfte geben kann. Der erste Schritt muss der Beschluss zur Einheitsgemeinde ausnahmslos von allen Mitgliedsgemeinden sein. Diese Erklärung ist deshalb unabdingbar, da in den Zukunftsvertrag nur Gemeinden aufgenommen werden, die eine Strukturveränderung vornehmen wollen. Für die Samtgemeinde Am Dobrock ist festzustellen, dass nur noch die Umwandlung in eine Einheitsgemeinde eine Strukturveränderung darstellt.

Einzelfragen zum Zukunftsvertrag, zu den Strukturen und den zukünftigen Änderungen werden diskutiert und beantwortet.

Abschließend weist Herr Ottens nochmals darauf hin, dass er für die weiteren Verhandlungen von allen Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Am Dobrock bis zur Sommerpause einen Beschluss mit dem Willen zur Bildung einer Einheitsgemeinde benötigt. Diese notwendigen Beschlüsse sollten vorerst keine weiteren Forderungen, Bedingungen oder Ausschlussgründe enthalten.

Nach Vorlage der Beschlüsse wird er der Kommission das Ergebnis vortragen. Im Anschluss daran wird er mitteilen, unter welchen weiteren Bedingungen die Kommission den Abschluss eines Zukunftsvertrages genehmigen wird.

Erst im Anschluss an dieses Verfahren wird mit den Mitgliedsgemeinden und der Samtgemeinde die Ausarbeitung des Zukunftsvertrages mit den entsprechenden Bedingungen sowie der Gebietsänderungsvertrag im Detail auszuarbeiten, zu verhandeln und insgesamt zu beschließen sein. Herr Ottens geht davon aus, dass der Zukunftsvertrag bis zum 31. Dezember 2012 ausgearbeitet und beschlossen werden könnte.

In Bezug auf den Zeitpunkt der Umwandlung in eine Einheitsgemeinde regt Herr Ottens an, den 01. Januar 2014 anzustreben, gegebenenfalls spätestens den 01. November 2014. Die Samtgemeinde Am Dobrock hat schnellstmöglich die Entlastung des Haushaltes zu erreichen. Ein späterer Zeitpunkt widerspricht dem wirtschaftlichen Handeln und wird den Abschluss eines Zukunftsvertrages verhindern.

Hierbei erläutert er ebenso noch einmal, dass nur einheitliche Beschlüsse aller Mitgliedsgemeinden und der Samtgemeinde den Abschluss eines Zukunftsvertrages ermöglichen. Das Land wird in keinem Fall gegen den Willen einer Mitgliedsgemeinde ein Gesetzgebungsverfahren zur Umbildung in eine Einheitsgemeinde mit den entsprechenden Gebietsänderungen durchführen.

Samtgemeindebürgermeisterin Bettina Gallinat bittet alle Mitgliedsgemeinden, spätestens bis Anfang Juli 2012 in den Räten die Entscheidungen nach den vorgenannten Kriterien fassen zu lassen. Sie gibt bekannt, dass am 26. Juni 2012 in der Ostehalle in Geversdorf eine weitere Informationsveranstaltung zusammen mit Herrn Ottens und der Kommunalaufsicht des Landkreises Cuxhaven durchgeführt wird. Alle Ratsmitglieder sowie die Bürgerinnen und Bürgern der Samtgemeinde Am Dobrock sollen Antworten auf offene Fragen zur Einheitsgemeinde erhalten.

Samtgemeindebürgermeisterin Bettina Gallinat schließt die Bürgermeisterrunde um 18.50 Uhr.

Samtgemeindebürgermeisterin

Protokollführer